

Positionspapier der Vereinigung zur Förderung des deutschen Brandschutzes

Dynamische Großschadenslagen nehmen zu - Stärkung der Gefahrenabwehr weiterhin zwingend erforderlich

10. Januar 2026

Vereinigung zur Förderung des Deutschen Brandschutzes
Geschäftsstelle
Postfach 4967
48028 Münster

Präsident Dirk Aschenbrenner
Vizepräsidentin Dr. Anja Hofmann-Böllinghaus
geschaeftsstelle@vfdb.de

Die Jahre von 2014 bis 2026 sind rückblickend als eine Phase zunehmender dynamischer Großschadenslagen zu bewerten. Wiederkehrende Extremereignisse haben gezeigt, dass sich Art, Geschwindigkeit und Ausmaß von Schadenslagen deutlich verändert haben und weiterhin verändern werden.

Die Jahre 2014, 2016, 2018, 2021 und 2024 waren in besonderem Maße durch schwere Sturmereignisse sowie durch Starkregen mit nachfolgenden Überflutungen geprägt. Demgegenüber standen die Jahre 2019, 2020 und 2022 im Zeichen ausgedehnter Vegetationsbrände. Ab 2022 traten zusätzlich Vorboten einer Energiemangellage auf, denen in den Folgejahren eine zunehmende Zahl von Strom- und Bahnausfällen folgte. Die großflächigen Stromausfälle der Jahre 2024, 2025 und 2026 waren dabei überwiegend Folge gezielter politisch motivierter Anschläge.

Zahlreiche dieser Ereignisse entwickelten sich innerhalb kürzester Zeit zu Großschadenslagen, teilweise auch zu Katastrophen. Insbesondere die großräumigen Stromausfälle betrafen unmittelbar jeweils eine fünfstellige Anzahl von Menschen und verursachten wirtschaftliche Schäden in Milliardenhöhe. Bei einzelnen Ereignissen kam es zu einer hohen Zahl von Todesopfern, insbesondere im Rahmen der Flutkatastrophe 2021. Auch Einsatzkräfte waren und sind in besonderem Maße betroffen: Mehrere von ihnen verloren bei diesen Einsätzen ihr Leben, viele weitere wurden verletzt.

Vor dem Hintergrund des fortschreitenden Klimawandels ist davon auszugehen, dass Extremwetterlagen künftig häufiger auftreten und zugleich an Intensität zunehmen werden. Parallel dazu ist die Resilienz kritischer Infrastrukturen aus wirtschaftlichen und politischen Gründen in vielen Bereichen geringer als in früheren Jahrzehnten. Gleichzeitig fehlen in weiten Teilen der Bevölkerung sowie der Wirtschaft grundlegende Kenntnisse und Fähigkeiten zur Bewältigung länger andauernder Krisensituationen. Hinzu kommt eine stetige Verdichtung von Sachwerten und Wohnbebauung in gefährdeten Bereichen, etwa entlang von Gewässern oder zunehmend auch in vegetationsreichen Gebieten.

Politische Entscheidungsprozesse verlaufen im Schadensfall häufig zu langsam und sind nicht selten von Unsicherheit geprägt. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Entscheidungsträgerinnen und -träger oftmals nicht ausreichend mit den Strukturen, Möglichkeiten und Grenzen der Gefahrenabwehr in dynamischen Großschadenslagen vertraut sind. Besonders kritisch wird dies, wenn politische Verantwortungsträger ohne entsprechende Vorbereitung Leitungsfunktionen im behördlichen Krisenmanagement übernehmen müssen.

Die bisherigen Entwicklungen sind insgesamt besorgniserregend. Sie machen deutlich, dass ein systematischer Maßnahmenkatalog erforderlich ist, um absehbare Risiken zu begrenzen, bestehende Risiken besser zu beherrschen und zusätzliche Gefährdungen zu vermeiden.

Aus Sicht der vfdb ergeben sich daraus folgende zentrale Handlungsfelder:

Anpassung von Ausbildung und Qualifizierung

Die Aus- und Fortbildung der Einsatzkräfte muss konsequent an die realen Lagen und Risiken dynamischer Schadensereignisse angepasst werden. Gleichzeitig benötigen politische Entscheidungsträger strukturierte, akzeptierte und praxisnahe Fortbildungsangebote, um die Funktionsweise der Gefahrenabwehr bei Großschadenslagen realistisch einschätzen zu können. In Deutschland fehlen weiterhin einheitliche Ausbildungsstandards für die Vegetationsbrandbekämpfung sowie für Einsätze in dynamischen Flutlagen. Praktische Ausbildungsstätten für organisationsübergreifendes Training komplexer, wettergetriebener Einsatzlagen sind kaum vorhanden.

Weiterentwicklung der Ausstattung und des Fähigkeitsmanagements

Einsatzkräfte haben Anspruch auf eine persönliche und technische Ausstattung, die den tatsächlichen Einsatzbedingungen entspricht. Dies ist derzeit vielfach nicht gegeben. Zwar ist die Gesamtzahl der Einsatzfahrzeuge grundsätzlich ausreichend, viele Fahrzeuge sind jedoch nicht für langandauernde Einsätze bei zerstörter Infrastruktur ausgelegt. Der Betrieb von Fahrzeugen und Geräten muss auch unter extremen Bedingungen zuverlässig möglich sein. Sichere und redundante Kommunikationssysteme sind zwingend erforderlich. Kommunen und Länder müssen sich über Standardszenarien hinaus auf lokale und regionale Sondergefahren vorbereiten. Die Entwicklung eines länderübergreifenden Fähigkeitsmanagements, wie es bereits angestoßen wurde, ist konsequent weiterzuführen und auf zusätzliche Fähigkeitsbereiche auszuweiten. Auch private Dienstleister sind frühzeitig und strukturiert einzubinden.

Stärkung von Führungs- und Stabsstrukturen

Funktionsfähige Führungsstrukturen sind auf allen Ebenen sicherzustellen - vom Einsatzabschnitt bis zu kommunalen und landesweiten Krisenstäben. Hierzu gehören geeignete Führungsmittel, eine dauerhaft belastbare personelle Ausstattung sowie kompatible und redundante Kommunikations- und Lagedarstellungssysteme. Die Berücksichtigung der Wetterlage und ihrer Entwicklung muss fester Bestandteil aller Führungslehrgänge werden. Die Lagedarstellung ist dynamisch auszurichten und durch Prognoseelemente zu ergänzen, um auch Folgeschäden frühzeitig berücksichtigen zu können. Hinweise zur Gefahrenminimierung müssen systematisch in die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit integriert werden.

Abwägung von Naturschutz und Gefahrenabwehr

Gefahrenabwehr ist gelebter Schutz von Menschen, Tieren und Umwelt. Naturschutzmaßnahmen müssen daher stets auch im Kontext möglicher Gefährdungen betrachtet werden. Erforderlich sind pragmatische Lösungen, die eine sachgerechte Abwägung zwischen naturschutzfachlichen Zielen und der Reduzierung von Risiken ermöglichen. Dies betrifft beispielsweise die Nutzung und Reaktivierung vorhandener Löschwasserressourcen im ländlichen Raum.

Stärkung von Eigenverantwortung und Risikokompetenz

In Großschadenslagen können nicht alle Menschen und Sachwerte gleichzeitig geschützt werden. Eine informierte, eigenverantwortlich handelnde Bevölkerung trägt wesentlich zur Entlastung der Gefahrenabwehr bei. Grundlegende Kenntnisse zur Vermeidung von Risiken, zum Umgang mit Warnungen sowie die Bewältigung von Infrastrukturausfällen müssen wieder stärker vermittelt werden. Die Akzeptanz behördlicher Anordnungen ist dabei eine wesentliche Voraussetzung.

Förderung von Hilfe zur Selbsthilfe

Einfache, frühzeitige Maßnahmen zur Gefahrenreduktion können erhebliche Wirkungen entfalten. Entsprechende Kenntnisse müssen in Schulen, Betrieben und Einrichtungen systematisch vermittelt werden. Eine gesellschaftliche Befähigung zu sachgerechtem, selbstschützendem Handeln erhöht insgesamt die Resilienz gegenüber Extremereignissen.

Systematisches Lernen aus Schadenslagen

Die strukturierte, wissenschaftlich fundierte Auswertung von Schadensereignissen ist in Deutschland bislang unzureichend etabliert. Statt Schuldzuweisungen bedarf es einer konsequenten Analyse systemischer Schwächen. Erkenntnisse müssen zügig in Ausbildung, Taktik und Ausstattung umgesetzt werden. Hierzu ist eine enge Verzahnung von Praxis, Forschung und internationalem Erfahrungsaustausch erforderlich.

Die vfdb sieht in der intensiveren gemeinsamen Arbeit, der Stärkung der Forschung zu zusammenhängenden Problemfeldern sowie im internationalen Austausch zentrale Voraussetzungen, um die Gefahrenabwehr in Deutschland zukunftsfähig aufzustellen. Dafür müssen den verantwortlichen Trägern auf kommunaler und Landesebene die notwendigen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Nur so lassen sich die absehbaren Herausforderungen wirksam bewältigen.